

## D1-006: Dringlichkeitsantrag AfD Verbot

Antragsteller\*innen Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW  
(dort beschlossen am: 10.05.2025)

### Antragstext

#### Von Zeile 5 bis 6 einfügen:

Bundespartei Bündnis 90/Die Grünen dazu auf, sich öffentlich und entschlossen für ein AfD-Verbotsverfahren auszusprechen.

Dabei sind wir uns bewusst, dass erlebte - durch Krisen verstärkte - Unsicherheiten oftmals zu einer Neubewertung der politischen Einstellung bei vielen Menschen führen. Im Rahmen dieser Neubewertung wird der Wunsch nach Wiederherstellung vermeintlicher "Normalzustände" oft gestärkt. Dieser führt zu einer größeren Affinität extremistischer und im Speziellen rechtsextremistischer Politik gegenüber. Belegt wird dies unter anderem durch die Stabilität hoher AfD-Werte trotz der Ereignisse der letzten eineinhalb Jahre (z.B. Correctiv-Enthüllungen, Einstufungen des Bundesamtes für Verfassungsschutz).

Die beschriebene Unsicherheit ist dabei vielfältiger Natur. Die zunehmende Legitimierung des Wahlprogramms der AfD durch konservative und liberale Kräfte hat in diese Phase der Neuorientierung hineingewirkt und den gesamten politischen Diskurs nach rechts verschoben. Bislang ist es auch der Grünen Partei nicht gelungen, dieser Entwicklung durch ihre Politik (in Regierungsverantwortung) wirksam etwas entgegenzusetzen.

Ein mögliches Verbot der AfD verschafft der Demokratie eine 'Atempause'. Die Unsicherheiten, daraus entstehende Demokratieunzufriedenheit und als negativ empfundene Zukunftsaussichten verschwinden dadurch nicht; damit bleibt auch der Nährboden für rechtsextremistische Politik. Ein AfD-Verbotsverfahren muss also mit der Bekämpfung rechter Politik ganz generell einhergehen. Einsparungen im Sozial- und Gesundheitsbereich u.a. führen zu Kürzungen von Beratungs- und Unterstützungsangeboten. Einsparungen im ÖPNV verschlechtern die Anbindung vieler Menschen. Das Verschwinden von Begegnungsorten in unseren Gemeinden nimmt ihnen Lebensqualität. Kurzum: Menschen werden abgehängt! Und wer sich abgehängt fühlt, misstraut politischen Institutionen und ist empfänglicher für rechte Erzählungen. Die

Bekämpfung rechtsextremistischer Politik muss also auch genau dort ansetzen!

Keine Analyse der politischen Lage kann Stimmen für die AfD oder andere rechtsextremistische Kräfte legitimieren. Aber sie können Erklärungsansätze liefern und zur Basis einer Politik werden, die Hoffnung und Zuversicht vermittelt.

## **S2-031: Pressestatut**

Antragsteller\*innen      Nadine Skrzeba

### **Antragstext**

#### **Nach Zeile 31 einfügen:**

Der Redaktion werden klar definierte Rahmenbedingungen zur Verfügung gestellt, einschließlich geeigneter technischer Ausstattung, ausreichender zeitlicher Ressourcen sowie einer eigenständigen und transparenten Arbeitsweise. Zur Sicherstellung einer kontinuierlichen und qualitativ hochwertigen redaktionellen Arbeit sind der Redaktion zudem angemessene finanzielle Mittel bereitzustellen. Die konkrete Höhe wird im Haushaltsplan festgelegt.

1. Auf Antrag eines Mitglieds kann die Landesmitgliederversammlung jährlich über die Einsetzung eines Mitgliedermagazins beraten. Die Einsetzung bedarf eines Beschlusses mit einfacher Mehrheit. Die entsprechende Wahl eines Redaktionsteams erfolgt anschließend auf der gleichen Landesmitgliederversammlung, sofern die Mitgliedschaft über die Einsetzung eines Mitgliedermagazins positiv abgestimmt hat. Das Redaktionsteams besteht aus mindestens zwei und maximal 4 Mitgliedern.

### **Begründung**

Die Redaktion benötigt für eine effektive und unabhängige Arbeitsweise klar geregelte, verlässliche Rahmenbedingungen. Die bisherige Formulierung war zu unkonkret. Durch die Präzisierung wird die redaktionelle Unabhängigkeit gestärkt, während gleichzeitig sichergestellt wird, dass notwendige Ressourcen zur Verfügung stehen. Eine verpflichtende Abstimmung mit dem Landesvorstand würde der redaktionellen Eigenständigkeit widersprechen und wird daher gestrichen.

## V1-002: Die Grüne Jugend NRW ist ein Anti-Kapitalistischer Jugendverband

Antragsteller\*innen      Luca Poensgen

### Antragstext

#### Von Zeile 1 bis 3:

Als Grüne Jugend NRW stellen wir fest, dass echter Klimaschutz und soziale Gerechtigkeit ~~nicht mit~~ dem Kapitalismus ~~vereinbar sind~~ zuwider laufen. Zudem stellt die Grüne Jugend NRW fest, dass durch die Kapitalakkumulation im Kapitalismus eine

#### Von Zeile 5 bis 7:

werden wir uns künftig verstärkt als anti-kapitalistischen Jugendverband präsentieren. Dabei suchen und zeigen wir Alternativen auf und teilen diese ~~Überzeugung in die Öffentlichkeit sowie~~ auch mit Öffentlichkeit. Außerdem setzen wir uns dafür ein diese Analysen auch in die Grüne Partei zu tragen.

## **V2-025: Gleichberechtigung heißt Gleichberechtigung!**

Antragsteller\*innen      Luca Poensgen

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 24 bis 25 einfügen:**

Personen, die nach der Elternzeit in den Beruf zurückkehren, müssen umfassende Unterstützung erhalten, um in gleicher Position wieder einzusteigen. Gehaltssteigerungen, auch durch einen Positionsaufstieg, müssen nach dem Wiedereinstieg außerdem aktiv gefördert werden.

### **Begründung**

Besonders bei dem Finanziellen Aufstieg werden Gebährende abhängt, da ihre Gehälter nach dem Wiedereinstieg stagnieren. Sei es durch eine fehlende weitere Förderung um höhere Positionen zu erreichen, durch die fehlenden Berufsjahre (an die das Gehalt gekoppelt, wird), oder die fehlende Anerkennung anderer Lebensumstände in Führungs- und anderen Positionen.

## **V2-053: Gleichberechtigung heißt Gleichberechtigung!**

Antragsteller\*innen      Nadine Skrzeba

### **Antragstext**

#### **In Zeile 53 einfügen:**

**Trans\* und nicht-binäre Personen als Zielscheibe rechter Politik!**

#### **Von Zeile 57 bis 59:**

Wir leben in einem System, indem Machtpositionen in verschiedensten Institutionen hauptsächlich von cis-Männern besetzt sind. ~~Trans\*~~Trans\*und nicht-binäre Personen erfahren gesetzlich, sozial und gesellschaftlich Gatekeeping und

#### **Von Zeile 61 bis 67:**

Namensänderungen, Zugang zu Gender Affirming Care/Surgery oder bei der Jobsuche. ~~Trans\*~~Trans\*und nicht-binäre Personen werden oft bei Ärzt\*innen, im Bürgeramt oder in der Gesellschaft erniedrigt und müssen beweisen, dass sie genug ihr Gender sind. Dieses System führt dazu, dass ~~trans\*~~trans\*und nicht-binäre Personen diskriminiert werden, Gewalt erleben. Trans\* ~~Personen~~und nicht-binärePersonen sind besonders anfällig für psychische Krankheiten, wie unter anderem Depressionen. Unter trans\* und nicht-binären Personen ist die Suizidrate besonders hoch. Sie erleben oft den Ausschluss aus dem Familien- und/oder Freundeskreis,

#### **Von Zeile 70 bis 72:**

Wir fordern: Das Selbstbestimmungsgesetz war ein wichtiger Schritt, aber es benötigt noch mehr! Gender Affirming Care/Surgery muss für ~~Transfrauen~~Trans\* und nicht-binären Menschen ohne Hürden oder Hindernisse erreichbar sein. Queerfeindliche Gewalt muss endlich

**Von Zeile 74 bis 76:**

Leben. Queere Spaces müssen flächendeckend verfügbar und geschützt sein. Therapiezugänge müssen ausgeweitet werden. Keine trans\* ~~Person~~und nicht-binäre Person sollte unter Unterdrückung leiden!

**Begründung**

Im ursprünglichen Antrag wurde hauptsächlich von trans Personen gesprochen. Um der tatsächlichen Vielfalt geschlechtlicher Identitäten gerecht zu werden, habe ich zusätzlich nicht-binäre Personen explizit aufgenommen. Nicht-binäre Menschen erleben ähnliche Diskriminierungs- und Gewalterfahrungen wie und trans Frauen, werden jedoch oft unsichtbar gemacht oder in politischen Diskussionen vergessen. Gerade in einem feministischen und antidiskriminierenden Kontext ist es wichtig, auch ihre Lebensrealitäten mitzudenken und ihre Rechte aktiv einzufordern. Die Ergänzung sorgt dafür, dass der Antrag inklusiver, zeitgemäßer und sprachlich genauer wird.

## **V2-056: Gleichberechtigung heißt Gleichberechtigung!**

Antragsteller\*innen      Katharina Hix (GJ Bielefeld)

### **Antragstext**

#### **Von Zeile 55 bis 56:**

diskriminiert oder erfahren psychische und physische Gewalt. Vor allem poc ~~Transfrauen~~trans\* Personen sind besonders von körperlicher und sexualisierter Gewalt betroffen.

#### **Von Zeile 70 bis 72:**

Wir fordern: Das Selbstbestimmungsgesetz war ein wichtiger Schritt, aber es benötigt noch mehr! Gender Affirming Care/Surgery muss für ~~Transfrauen~~trans\* Personen ohne Hürden oder Hindernisse erreichbar sein. Queerfeindliche Gewalt muss endlich

### **Begründung**

In der Korrektur ist was schief gegangen, da sollte im Einklang mit dem restlichen Abschnitt "trans\* Personen" stehen.



## V5-077: Digitale Dienste - unsere Chats gehören uns!

Antragsteller\*innen Landesvorstand GRÜNE JUGEND NRW  
(dort beschlossen am: 07.05.2025)

### Antragstext

#### Von Zeile 77 bis 84:

~~Es soll auf Landesebene eine **kontinuierliche Überprüfung** der eingesetzten digitale Werkzeuge stattfinden. Dafür wird von dem Landesvorstand sichergestellt, dass bei Bedarf und **mindestens alle zwei Jahre** die genutzten Internetdienste (Dienste die Daten über das Internet austauschen oder beziehen) anhand der genannten Kriterien überprüft werden. Ein entsprechender Bericht wird dem **Landesverband zugänglich gemacht** und es sollte eine Beteiligung des Verbandes ermöglicht werden. Die erste Evaluation soll bis **Ende 2025 abgeschlossen werden.**~~

Es soll auf Landesebene eine kontinuierliche Überprüfung der eingesetzten digitale Werkzeuge stattfinden (Dienste die Daten über das Internet austauschen oder beziehen). Eine entsprechende Evaluation wird dem Landesverband im Rahmen des Rechenschaftsberichts 2025 zugänglich gemacht. Bei Bedarf wird dieser Bericht in Zukunft fortgeschrieben.